



An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Dieter Reiter  
Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

München, 29.03.2022

**Antrag:**

**München entlasten: München unterlässt Werbung zur Neuansiedlung weiterer Konzerne / Immobilienmessen meiden!**

Um die Konkurrenz am Mietmarkt durch gutverdienende Zuzügler und die Wohnungsnot zu lindern, unterlassen die Stadt München und mit ihr verbundene Unternehmen (z.B. Messe, Flughafen) bis auf Weiteres jegliche Werbung im In- und Ausland für die Neuansiedlung weiterer Konzerne.

Sie tritt nicht mehr auf Immobilienmessen und ähnlichen Werbeveranstaltungen auf.

**Begründung:**

Nach der Veröffentlichung des Mietspiegels für 2023 mit dem dramatischen Anstieg von 21 Prozent, der immer stärkeren Ansiedlung von Tech-Konzernen wie Apple mit vielen hoch dotierten Jobs, der neuerlichen Verteuerung der 2. S-Bahn-Stammstrecke auf bis zu 14 Milliarden Euro und dem erfolgreichen Grünflächen-Bürgerbegehren wird niemand mehr bestreiten wollen, dass die bisherige, wachstumsorientierte Unternehmensansiedlungspolitik keine Zukunft hat.

Der Gedanke, durch immer mehr Firmenansiedlungen immer mehr Gewerbesteuer einzunehmen, die man dann in Wohnungsbau und Infrastruktur steckt, hat sich aus verschiedenen Gründen als falsch erwiesen.

Normal- und Wenigverdiener werden durch gutbezahlte Zuzügler verdrängt, die in neu erbauten Luxuswohnungen residieren. Viele Studierende, Alleinerziehende, Arbeitsunfähige und ähnlich Belastete haben keine Chance mehr. Familien verlieren das mühsam angesparte, von den Eltern oder Großeltern gebaute Häuschen, weil durch die Verteuerung von Boden die Erbschaftssteuern, aber auch Erhaltungs- und Betriebskosten hochschnellen. Soziale Vermieter müssen aufgeben, weil die Mieteinnahmen die Kosten nicht mehr decken. Dazu kommt der Verkehrsinfarkt und die massive Flächenversiegelung.

Auch die Stadtverwaltung leidet darunter! Denn statt sich mit der Wohnungsnot bei Gering- und Normalverdienern zu befassen, muss sie – vor allem das Planungsreferat, aber u.a. auch die Referate für Bau, Klima/Umwelt, Schulen, Mobilität etc. – sozial unverträgliche Luxusprojekte bearbeiten und gegen die Folgen des Wirtschaftswachstums für die Infrastruktur anarbeiten, etwa durch Schulbauten. Hier ist Entlastung dringend nötig.

**Initiative:**

Dirk Höpner, Planungspolitischer Sprecher  
Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender

Nicola Holtmann, Stadträtin  
Sonja Haider, Stadträtin